„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
„Western Printers Association, Limited"

J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.

Geschäftsstelle in Regina, Sask.:
1835 Halifax Straße.

Geschäftsstelle in Edmonton, Alta:
9753 Jasper Avenue.

Mittwochausgabe 12—24 Seiten Stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Berechtigter Grund zu Klagen.

In letzter Zeit sind von Farmerseite lebhafte Klagen darüber laut geworden, daß bei Beschlagnahme des in diesem Herbst geernteten Getreides oft mit beträchtlicher Rücksichtslosigkeit vorgegangen wird. Diese Beschwerden scheinen durchaus berechtigt zu sein, zumal wir uns durch Rücksprache mit ruhig und vernünftig urteilenden deutschen Farmern von der Berechtigung der Klagen überzeugt haben.

Der Farmer sieht ein und gibt zu, daß er als anständiger und ehrlicher Mann die in den letzten Jahren eingegangenen Schulden und die rückständigen Steuern einmal bezahlen muß. Was er jedoch nicht versteht, ist, warum er aus einer Ernte, die überdies in vielen Fällen noch recht dürftig ausgefallen ist, alle seine Verpflichtungen auf einmal beitreiten soll. Dagegen lehnt er sich mit gutem Grund auf. Zugleich muß ihn die Art und Weise verärgern, in der dabei gegen ihn vorgegangen wird. Jeder scheint zu glauben, sich jetzt das Recht anmaßen zu dürfen, eine gewisse Menge Getreide schon auf dem Felde oder wenigstens am Elevator des Farmers zu beschlagnahmen, nur um sich schadlos zu halten.

Die Unsinnigkeit und Rücksichtslosigkeit dieses Vorgehens führt einerseits zu einer unnötigen Erbitterung und anderseits zu ernsten Folgen, die heute noch gar nicht abzusehen sind. Infolge der Mißernten der letzten Jahre waren viele Farmer gezwungen, in ihren Lebensbedürfnissen, in Kleidung und Schuhwerk, bei Maschinenreparaturen, ja sogar beim Betrieb der Wirtschaft sich stark einzuschränken. An Neuanschaffungen war oft überhaupt nicht zu denken. Die herannahende Ernte erweckte in ihnen die schwache Hoffnung, in Haushalt und Hof wenigstens die allernötigsten Anschaffungen und Ausbesserungen vornehmen zu können. Da greifen aber plötzlich von allen Seiten gierige Hände nach der kaum geschnittenen und gedroschenen Ernte, die häufig bei weitem nicht die darauf gesetzten Hoffnungen rechtfertigt. Nur das eigene Schäfchen in Trockenheit zu bringen, ist das einzige Sinnen und Trachten der Herren, die sonst oft so große Töne über die hochwichtige Bedeutung der Farmwirtschaft für Canada reden können. Kommt es aber darauf an, auch einmal durch die Tat die Hochschätzung für den Farmerstand zu beweisen, versagt man kläglich. Man überlegt sich die Folgen des rücksichtslosen Vorgehens nicht. Was sollen denn die Farmer tun, wenn ihnen kaum genügend Getreide für Brot und Saat übrigbleibt? Sollen sie wieder Notstandshilfe verlangen? Nach dem, was uns mitgeteilt worden ist, werden viele Farmer dazu gezwungen sein, selbst solche, die sich mit knapper Not bis zur nächsten Ernte hätten über Wasser halten können, wenn man nur ein wenig Einsehen und Nachsicht gehabt hätte. Muß denn alles auf einmal aus dem Farmer herausgeholt werden? Kann man im nächsten Jahre nicht wieder kommen und dann einen weiteren Teil der Ernte beschlagnahmen?

Dann stellt man sich, als sei man darüber verwundert, daß in den Farmerköpfen radikale Ideen auftauchen, daß manche den „Kapitalismus" in Grund und Boden verdammen. Das bestehende Wirtschaftssystem kann sich beim Farmer gewiß nicht einschmeicheln, wenn es nicht mit einem gewissen sozialen Verständnis verbunden ist, sondern nur den Privatgewinn für die eigene Tasche als den besten Beweis für die Geschäftstüchtigkeit betrachtet. Wir versprechen uns von radikalen Ideen keinen Gewinn für den Farmerstand, da sie in ihrer Auswirkung gerade in das Gegenteil umschlagen. Aber es ist menschlich verständlich, wenn der Farmer sich gegen die Willkür anderer Mitmenschen auflehnt. Wir leben im 20. Jahrhundert, nicht mehr in der Zeit vor 100 Jahren, als man den Menschen wie eine Maschine behandeln zu können glaubte. Jeder moderne Mensch, der nicht von persönlichem Gewinnstreben ganz verblendet ist, muß zugeben, daß nur auf dem Ausgleich der berechtigten Interessen, nur auf der Anerkennung des sozialen Rechtes des Farmers wie des Arbeiters, des Geschäftsmannes wie des Fabrikanten eine gesunde Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sich aufbauen kann. Jeder Mensch hat ein natürliches Recht auf menschenwürdige Lebenshaltung, auf genügend Nahrung, Kleidung, Wohnung und Altersversorgung. Wer gegen solche Grundsätze in der Praxis verstößt, untergräbt das Fundament unseres Wirtschaftssystems mehr als die radikalsten Schreier, weil er das Vertrauen der Massen in die berufenen Wirtschaftsführer und Industriekapitäne vernichtet. Dieses Vertrauen ist in weitesten Kreisen bereits stark erschüttert. Man zweifelt an den überragenden Fähigkeiten der großen Geschäfts- und Finanzmänner, weil sie es nicht fertig brachten, die Depression zu verhindern oder wenigstens zu einem baldigen Abschluß zu bringen. Man zweifelt, wird mißtrauisch, verbittert und schließlich radikal und legt sich ein neues Wirtschaftssystem zurecht, das zwar praktisch undurchführbar ist, aber Stoff zu politischer Verhetzung im Interesse einiger Gerngroße bietet. Die Folge davon ist, daß das Wirtschaftsleben weiteren Erschütterungen ausgesetzt wird, die hätten vermieden werden können, wenn die verantwortlichen Wirtschaftsführer sich ihrer Verantwortung bewußt gewesen wären und demgemäß gehandelt hätten.

Was hier ganz allgemein gesagt ist, gilt im besonderen auch für die gegenwärtige Lage des Farmerstandes. Zwar hat die Notstandskommission von Saskatchewan, wie man hört, Anweisungen hinausgehen lassen, in Zukunft bei Beschlagnahme des Getreides etwas vorsichtiger und rücksichtsvoller vorgehen zu wollen. Doch sieht dies ebenso aus, wie wenn man den Brunnen zudecken wolle, nachdem das Kind hineingefallen ist. Es bleibt unbegreiflich, wie man von Regierungsseite dem Treiben so lange und so gleichmütig zusehen konnte, obwohl man sich bei ein klein wenig Verständnis und menschlichem Mitgefühl hätte sagen müssen, daß diese Art und Weise der Schuldeintreibung nicht nur ungerecht, sondern auch in höchstem Maße töricht ist. Bei weiterer Fortdauer der Depression wird sich eine Neuregelung der Farmerverschuldung einschließlich Verzinsung kaum umgehen lassen. Hier liegt das ernsteste Problem vor, von dessen Lösung die Existenz eines selbständigen und arbeitsfreudigen Farmerstandes wesentlich abhängt.

Oesterreich vorbildlich in Wasserkraft-Verwertung.

Nach dem vom österreichischen Bundesministerium für Handel und Verkehr erstatteten Bericht gab es in Oesterreich Ende 1930 bereits 160 Großwasserkräfte mit einer installierten Turbinenleistung von 869,540 Kw., während weitere elf mit 170,000 Kw. noch im Bau begriffen waren. Von der gesamten installierten Turbinenleistung der Großwasserkraftwerke für Allgemeinversorgung befinden sich im Besitze von Städten und Gemeinden 16%, im Besitze Privater 9% und im Besitze gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen 75%. Von der installierten Turbinenleistung der Wasserkraftwerke zur Selbstversorgung von Industrien entfallen auf die Aluminium-, Ferrosilizium- und andere chemische Produktion 31%, die Sägewerks-, Papier-Pappen- und Holzstoff-Industrie 31%, die Berg- und Hütten-, Maschinen und Metallindustrie 22%, die Baustoff-, Glas- und Glaswarenindustrie 6% und die Textil-Leder und andere Industrien 7%. Gegenüber dem Stande von Ende 1918 wurden durch Neubauten und Erweiterungen die installierten Turbinenleistungen der Stromlieferungswerke ungefähr verfechsfacht, jene der Bahnkraftwerke verachtfacht, hingegen die der industriellen Eigenanlagen nur auf das anderthalbfache erhöht.

Die Energiegewinnung in den Großwasserkraftanlagen betrug im Jahre 1930 roh 2189 Millionen Kw. Davon wurden 450 Millionen Kw. von organisch dazugehörigen Wärmekraftwerken zur Aushilfe und Spitzendeckung beigesteuert und 160 Millionen Kw. (von industriellen Eigenanlagen) nicht auf elektrischem Wege übertragen. Das Hochspannungsfernleitungsnetz hat eine entwickelte Länge von rund 15,000 km. erreicht. Davon sind etwa 80% nach 1918 gebaut.

Der Wasserkraftausbau erfreut sich in Oesterreich einer ganz außerordentlichen gesetzlichen Förderung, die wesentlich zu den oben dargestellten Erfolgen beigetragen hat. Es ist den großen Stromlieferungsunternehmungen bisher auch gelungen, die Ausfälle des Stromabsatzes infolge der Industriekrise durch Intensivierung des haus- und landwirtschaftlichen Verbrauches auszugleichen.

Weltumschau

Deutsches Reich bleibt fest in Rüstungsfrage. Von Genf nach Berlin zurückgekehrt, erklärte Reichsaußenminister Konstantin Freiherr von Neurath, er habe die am Genfer See versammelten Staatsmänner in keinerlei Weise im Dunkel darüber gehalten, daß sich Deutschland nicht wieder an der Abrüstungskonferenz beteiligen wird, bis die Frage der Gleichberechtigung des Reichs in der Rüstungsfrage in einer Weise gelöst ist, die keinerlei Zweifel übrig läßt.

In Unterredung mit dem italienischen Delegaten zur Abrüstungs-Konferenz hat Herr von Neurath den Eindruck gewonnen, daß die Regierung Mussolinis der deutschen Forderung auf Gleichberechtigung großes Verständnis entgegen bringt. Der Reichsaußenminister fuhr dann fort: „Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Herr Henderson, macht große Anstrengungen, eine Verständigung herbeizuführen. Ich zweifle indes, ob er Erfolg haben wird. Was den französischen Premier Herriot anbelangt, so habe ich durchaus nicht versucht, ihm aus dem Wege zu gehen. Er wußte ganz genau, daß ich jederzeit zu seiner Verfügung stand, wenn immer er den Wunsch geäußert hätte, mich zu sprechen.

„Jetzt versuchen sie in Genf, uns bei den Amerikanern anzuschwärzen durch eine sogenannte „Enthüllung" angeblich geheimer Rüstungen im Reich. Indes kann nichts die Tatsache aus der Welt schaffen, daß wir vollständig entwaffnet sind, während die anderen Völker in Waffen starren. Diese absolut einseitige Diskriminierung muß endlich aufhören."

Die letzten Nachrichten aus Genf lassen in politischen Kreisen die Hoffnung auf einen schließlichen Erfolg der Abrüstungs-Konferenz immer mehr schwinden. Auch wird hier geltend gemacht, daß der kürzlich von Arthur Henderson entworfene Kompromißplan mit dem nicht vollständig übereinstimmt, was Herrn von Neurath in Genf zu verstehen gegeben worden ist.

Deutschland, wurde erklärt, würde sich einer versuchten Einverleibung der militärischen Klauseln des Versailler Vertrags, selbst in revidierter Form, in eine allgemeine Abrüstungs-Konvention auf das entschiedenste widersetzen.

Neue politische Sorgen in Berlin. Täglich laufen in Berlin neue Hiobsbotschaften aus dem Ausland ein. So kommt aus Genf die Nachricht, daß die Völkerbundversammlung Polen auf weitere 3 Jahre einen Sitz im Völkerbundrat zuerkannt hat. Angesichts der gespannten Beziehungen zwischen Warschau und Berlin wird diese Handlung von verschiedenen Blättern als eine direkte Beleidigung Deutschlands bewertet.

Noch ernster lauten die Nachrichten aus Wien, denen zur Folge der langjährige allgemein beliebte Gesandte Oesterreichs Dr. Felix Frank von Berlin abberufen und einen frankophilen Nachfolger erhalten soll. Dieser Personenwechsel in der österreichischen Vertretung beim Reich dokumentiert hinreichend die grundlegende Aenderung in der österreichischen Außenpolitik, hervorgerufen durch die kürzliche Gutheißung der Völkerbundanleihe, durch welche sich das kleine Oesterreich auf 20 Jahre Frankreich bedingungslos ausgeliefert hat. Die Nachricht hat in Berliner politischen Kreisen direkt Bestürzung hervorgerufen.

Als ob dieses der Hiobsbotschaften nicht genug wären, kommen dazu noch Devisenmaßnahmen Mussolinis, unter denen die italienischen Bankiers angewiesen werden, fernerhin keine Devisen für die deutsche Einfuhr zur Verfügung zu stellen. Schwer betroffen wird dadurch der deutsche Export nach Italien, der sowieso erheblich stärker war, schloß doch das erste Halbjahr mit einer Bilanz von 34 Millionen Mark zu Gunsten Deutschlands ab. Mussolini ist eben durch die neueste deutsche Kontingenten-Politik verärgert und sucht nun ein Gleichgewicht des Handels zwischen seinem Land und dem Reich herzustellen.

Diesen Devisenmaßnahmen Italiens folgte der Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen, die seit einiger Zeit zwischen Deutschland und Holland im Gang waren. Bei allen diesen Wirtschaftsrückschlägen, welche das Reich erfährt, ist natürlich England der lachende Dritte, das den Nutzen aus diesen wirtschaftlichen Entwicklungen der deutschen Kontingenten-Politik zieht.

Das „Berliner Tageblatt", wie auch der „Börsen-Courier" nehmen denn auch entschieden Stellung gegen die Handelspolitik des Kabinetts von Papen. Sie verweisen auf die starke wirtschaftliche Propaganda, die England seit einiger Zeit in den skandinavischen Ländern betreibt, eine Propagandaarbeit, in deren Dienst kürzlich sogar der englische Thronfolger gestellt wurde. Es wird darauf hingewiesen, daß es diese Propagandaarbeit ermöglichte, daß z. B. die englische Einfuhr in Dänemark der deutschen jetzt zum erstenmal gleichkommt, während die deutsche im letzten Jahr die britische noch um 120 Prozent überflügeln konnte.

Der „Börsen Courier" warnt denn auch die Regierung, das System des Agrarschutzes nicht zu überspannen, und erklärt, der soweit durch dieses System angerichtete Schaden sei wahrhaft groß genug.

Wie Hindenburg geehrt wurde. Große Menschenmassen jubelten Reichspräsident von Hindenburg zu, als er am 2. Oktober, an seinem 85. Geburtstag, nach der Kirche zum Gottesdienst fuhr und später wurde ihm, während er die Revue über die hiesige Garnison der Reichswehr vor dem Kanzlerpalais an der Wilhelm Straße — seinem derzeitigen Wohnsitz während der Reparatur des Reichspräsidenten-Palais — abnahm, eine gewaltige Ovation von seinen getreuen Mitbürgern zuteil. Hunderte von Besuchern trugen ihre Namen in das im Vestibul aufliegende Fremdenbuch ein, zumeist alte Freunde und Kriegskameraden.

Beim Gottesdienst in der Garnisonskirche predigte der Garnisonsgeistliche Erich Schlegel und unterlegte seiner Predigt einen Vers aus der zweiten Epistel des Apostels Paulus an Thimotheus. Am Schluß des Gottesdienstes übergab der Reichspräsident dem Geistlichen eine neue Altarbibel mit den Worten: „Ich danke Gott, dem ich in gleicher Weise mit reinem Gewissen diene, wie meine Vorväter."

Beim Gottesdienst in der katholischen St. Johanneskirche verglich Pater Narkowski den Reichspräsidenten mit „Moses, gegen den das Volk Israel in der Wüste murrte" und setzte dazu: „aber sein Herz bleibt stark und er wird sein Volk in das gelobte Land führen."

Von der Kirche zurückkehrend, legte Reichspräsident von Hindenburg am Kriegerdenkmal Unter den Linden einen Kranz nieder. Später nahm er die Revue über eine Ehrenkompagnie ab, welche vor dem Kanzlerpalais aufgestellt war. Diese Kompagnie führte drei Fahnen alter Regimenter mit sich, in denen von Hindenburg früher gestanden hatte.

Die angesammelte Menschenmenge brach in frenetischen Jubel aus und aus Tausenden von Kehlen erklang zum Schluß: „Deutschland, Deutschland über alles!"

Aus der seinen Namen tragenden Hindenburgspende, die anläßlich des 80. Geburtstags des Siegers von Tannenberg gesammelt worden war, warf der Reichspräsident heute 450,000 Mark zur Verteilung an 3000 bedürftige Kriegsinvaliden und deren Angehörige aus.

Weltwirtschaftskonferenz in London. Die internationale Wirtschaftskonferenz wird in London stattfinden und wird eine wirkliche Weltkonferenz sein, zu der Rußland und alle anderen Nationen eingeladen werden, sagte das Organisationskomitee in Genf. Die amerikanischen Mitglieder des Ausschusses, Norman H. Davis und Frederick M. Sackett, Botschafter in Berlin, stimmten für Abhaltung der Konferenz in London und für Weltbeteiligung. In beiden Fällen war der Beschluß einstimmig. Die Engländer versprachen, für die Extraauslagen aufzukommen, die durch die Verlegung des Konferenz-Sekretariats von Genf entstehen.

Die Unterstützer des Völkerbundes waren durch die Einladung Rußlands erheblich ermutigt. Nach ihrer Ansicht ist der Mangel an Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und einigen Mächten auf der einen Seite und Rußland auf der anderen einer der Gegenstände zur Lösung von wichtigen internationalen Problemen.

Das Sachverständigenkomitee, das mit der Ausarbeitung des Konferenzprogramms betraut ist, wird seine Arbeit am 31. Oktober beginnen.

Ein Staat ohne Arbeitslosigkeit. Der Vatikanstaat kann den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, absolut keine Arbeitslosen zu seinen Bürgern zu zählen. Das Problem der Arbeitslosigkeit ist innerhalb der Mauern des Staates gänzlich unbekannt. Es herrscht sogar reges Leben in der Bautätigkeit. An den Bauprojekten und in den Werkstätten des kleinen Staates sind rund 5000 Arbeiter beschäftigt, in welche Zahl die zahlreichen Arbeiter nicht eingeschlossen sind, die in anderen Teilen Italiens Materialien für die Bauarbeiten im Vatikanstaat herstellen und bearbeiten.

Die Hauptarbeiten sind gegenwärtig mit dem Bau des neuen Post und Telegraphengebäudes verknüpft, welches Projekt schon ziemlich stark fortgeschritten ist. Das Gebäude steht im St. Damasus Hof, wo auch die päpstlichen Feuerwehrleute untergebracht sind. Von dort aus führen auch zwei Lifts zu den päpstlichen Gemächern und zu dem päpstlichen Staatssekretariat hinauf. Eine weitere wichtige Arbeit ist die Anlegung eines neuen Wasserleitungssystems in den päpstlichen Gärten. Diese Arbeiten werden von dem Ingenieur Franco Ratti, einem Neffen des Papstes, geleitet. Das neue System wird in automatischer Weise funktionieren, so daß in Zukunft nur noch wenig Gärtner für die Bewässerung der Gartenanlagen nötig sein werden. In der Nähe des Einganges zur Vatikanstadt wird außerdem ein Zweigpostbüro gebaut.

Die Arbeiten in Verbindung mit der päpstlichen Eisenbahnstation sind nahezu vollendet, und noch im Laufe dieses Monats soll die von der italienischen Regierung erbaute zur Vatikanstadt führende Eisenbahnlinie der päpstlichen Verwaltung übergeben werden. Die Erbauung erfolgte im Einklang mit dem Lateranvertrag vom 11. Februar 1929.

Japan gegen den Lytton-Bericht. Die japanische Presse ergeht sich in schärfster Verurteilung des Lytton Berichts über das Problem der Mandschurei und verlangt von der Regierung, aus dem Völkerbunde auszutreten, falls die Ligaversammlung den Befund und die Empfehlungen der Lytton Kommission annehmen soll. Im allgemeinen sind die Presse-Kommentare ein Echo der Erklärung des Kriegsministeriums, in der festgestellt wurde, daß Japan sich gezwungen sehen wird, aus dem Völkerbunde auszutreten, wenn die Ligaversammlung im Sinne des Lytton Berichtes handeln sollte.

Einer der Hauptpunkte der japanischen Kritik des in Genf veröffentlichten Berichts ist die Empfehlung der Kommission, die Mandschurei durch eine autonome Regierung unter Chinas Souveränität verwalten zu lassen.

Die Zeitung „Nichi Nichi" bringt Ueberschriften wie: „Japan muß aus dem Völkerbunde austreten", oder: „Der Bericht ist eine Beleidigung Mandschukuos". Die Zeitung „Kokumin" bezeichnet den Lytton Bericht als „absolut voreingenommen und unfair" und die „Jiji Schimpo" erklärt, er sei „schlimmer als erwartet" und „voller Irrtümer." — „Der Bericht ist dumm und verdreht, gefüllt mit leeren Theorien und setzt sich über geschichtliche Tatsachen hinweg", sagt die Zeitung „Asahi". „Es wird unmöglich sein, den Weltfrieden herzustellen, wenn der Völkerbund den Bericht annimmt."

Englische und japanische Kopien des langen Dokumentes sind vom Auswärtigen Amte per Flugpost an die japanischen Konsulate in Mukden und Changchun, der Hauptstadt des mit japanischer Hilfe in der Mandschurei errichteten neuen Staates Mandschukuo, geschickt worden.

Das Ende des Bürgerkriegs in Brasilien. Der drei Monate andauernde Bürgerkrieg in Brasilien ist vorüber. Die Rebellenhauptstadt Sao Paulo befindet sich in Händen der Regierung und Bundestruppen streifen durch den gleichnamigen Staat, um die letzten Reste der Aufstandsbewegung zu unterdrücken. Anhänger der Bundesregierung feiern den Jahrestag der Revolution von 1930, die zur Einsetzung der provisorischen Regierung unter Getulio Vargas führte und die Macht der Sao Paulo Politiker zertrümmerte. Auch bejubeln sie die Niederlage der neuerlichen Umtriebe von Sao Paulo und anderen Südstaaten, die auf Wiedergewinnung ihrer Machtstellung abzielten.

Inzwischen hat die Bundesregierung General Daltro filho beauftragt, die Staatsverwaltung von Sao Paulo zu übernehmen, während der Rebellenführer, General Bartholdo Klinger, als Gefangener nach dem Hauptquartier der Bundesarmee in Cruzeiro gebracht wird. Klinger hatte Verhandlungen um Waffenstillstand eingeleitet, doch verliefen die Besprechungen fruchtlos.

Bundestruppen sind von Nordwesten und Nordosten im schnellen Anmarsch auf Sao Paulo entlang dem Paraibba Flußtal und haben die Stadt Cacapava, 83 Meilen nordöstlich von Sao Paulo, erreicht. Im Nordwesten geht der Vormarsch über Campinas im Bereich der Kaffeepflanzungen und des Eisenbahnknotenpunkts, der letzte Woche besetzt wurde. Schiffs- und Bahnverkehr mit dem Rebellenstaat werden schnell wieder aufgenommen. Im Hafen Sao Paulo lagern 600,000 Sack Kaffee, die möglichst bald zur Ausfuhr gelangen sollen. Der Stadtrat von Sao Paulo hat Vorkehrungen getroffen, um den Kaffee-Export glatt zu bewerkstelligen und eine Ueberfüllung der Auslandsmärkte zu verhüten.

Die Demobilisierung von ungefähr 100,000 Mann Bundestruppen ist ein besonderes Problem, der größere Teil wird zuschiff nordwärts transportiert werden. Eine weitere Schwierigkeit bereitet die Geldfrage, verursacht durch Verausgabung von neuem Papiergeld zur Bekämpfung der Rebellion. Dem Vernehmen nach dienen als Bürgschaft für diese Papierwährung eine große Menge Gold und Juwelen, Eigentum von Paulisten und beschlagnahmt durch die Bundesregierung.

Eine englische Stimme.

Der „Manchester Guardian" spricht sich folgendermaßen über die französische Antwort auf Deutschlands Forderungen in der Rüstungsfrage aus:

Die französische Antwort auf das deutsche Memorandum in der Rüstungsfrage — so heißt es darin wörtlich — ist persönlich in der Form, klar in ihrer Weigerung, Deutschland Rüstungs-Gleichberechtigung zu bewilligen, und vollständig unbestimmt, soweit die Darlegung der künftigen französischen Politik inbetracht kommt. Frankreich wünscht mit Deutschland zusammen zu arbeiten. Gut. Frankreich kann der deutschen Aufrüstungsforderung nicht zustimmen, weil das dem allgemeinen Abrüstungsprozeß Einhalt gebieten würde. Auch gut; nichts könnte wahrer sein. Frankreich ist gegen eine Rückkehr zu der alten Methode der Vorbereitung zum Kriege. Wiederum ausgezeichnet, da wir alle diese Methode üben, wobei Frankreich am tatkräftigsten vorangeht.

Frankreich — so heißt es dann weiter — zielt hin auf „Fortschritt in der Organisation des Friedens," auf internationale Kontrolle der Rüstungen, auf allgemeine schiedsgerichtliche Schlichtung von Streitfragen und auf „tatkräftige Vollstreckung" der dadurch erzielten Ergebnisse. Ebenfalls ausgezeichnet; doch diese allgemeinen Redensarten, die auf Tardieus Pläne, Völkerbunds-Rüstungen und militärische Sanktionen deuten, werden Deutschlands Forderung nicht befriedigen, daß jetzt und sofort etwas geschehen sollte, um den Makel deutscher Untergeordnetheit zu tilgen.

Herr von Papen sagte: „Was ist mit dem ausgezeichneten Vorschlag des Präsidenten der Vereinigten Staaten geschehen? Er wurde mit schönen Worten begrüßt und ignoriert, soweit Taten inbetracht kommen." So ist es. Wie würde nun Deutschland darauf reagieren, wenn die gerüsteten Mächte ernstlich daran gingen, ihre „schönen Worte" in Taten zu übersetzen? Sie könnten sich ohne große Schwierigkeit klarheit verschaffen.

Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen

Vermahlungszwang für russischen Weizen geplant. — Canadischer Weizen würde dadurch vom deutschen Markt verdrängt werden.

Während sich im Jahre 1931 die deutsch-russischen Handelsbeziehungen außerordentlich gut entwickelt haben, ist in diesem Jahr ein gewisser Rückgang eingetreten. Die deutsche Handelsbilanz mit der Sowjetunion ist nach der deutschen Statistik im Jahre 1931 mit 458,7 Millionen Rm. aktiv gewesen. Die Sowjet-Union ist naturgemäß auf die Dauer nicht in der Lage, einen so großen Passivsaldo ihres Handels mit Deutschland durch Goldlieferungen auszugleichen. Auch den Wechseln müssen bei der Struktur des russischen Außenhandelsmonopols irgend wann einmal

russische Warenlieferungen

gegenüberstehen, durch die die Bilanz sich wieder mehr ausgleicht. Da Rußland in diesem Jahr an erste Stelle der deutschen Abnehmer getreten ist, muß sich Deutschland auf die besondere Lage seines größten und bei richtiger Behandlung dauerhaftesten Kunden einrichten.

Eine weitere Steigerung bezw. die Aufrechterhaltung der deutschen Ausfuhr nach Rußland ist nur möglich, wenn für den russischen Export Kompensationen auf dem deutschen Markt geschaffen werden. Die Sowjet-Union hat im ersten Halbjahr 1932 nur für 233,4 Millionen Rm. Aufträge an deutsche Firmen vergeben. Auch in den Monaten Juli und August ist die Auftragsvergebung nur langsam weiter gestiegen.

Nunmehr soll nach Verhandlungen, deren Anfänge noch in die Aera Brüning zurückreichen, ein Abkommen kurz vor dem Abschluß stehen, nach dem sich Deutschland verpflichtet, etwa 30 Prozent der russischen Gesamtausfuhr von 1931 fest aufzunehmen. Es soll sich dabei insbesondere

um die Absatzgarantie größerer Getreideposten

handeln. In den den amtlichen Stellen nahestehenden Getreide-Handelskreisen wird davon gesprochen, daß Deutschland einen Verwendungszwang für russisches Getreide einzuführen beabsichtigt. Künftig müssen 30 Prozent des gesamten Auslandsgetreides, das nach Deutschland eingeführt wird, aus Rußland bezogen werden. Die deutschen Mühlen würden also gewissermaßen einen Vermahlungszwang für russisches Getreide auferlegt bekommen. Nach den bisherigen Bestimmungen ist z. B. bei Weizen Vorschrift, daß 70 Prozent der gesamten Vermahlungsmasse aus dem Inland stammen müssen. 30 Prozent dürfen eingeführt werden, sodaß das russische Getreide insgesamt mit etwa 9 Prozent an der deutschen Gesamtvermahlung beteiligt wäre.

Wenn die Regelung Wirklichkeit werden sollte, wäre ganz ohne Frage ein wesentlicher Schritt nach der planwirtschaftlichen Organisation des deutschen Agrar-Außenhandels getan. Mit einer solchen Regelung besteht die Möglichkeit, diejenigen Länder, mit denen Deutschland eine aktive Handelsbilanz hat,

besonders zu bevorzugen

und überhaupt den deutschen Agrar-Außenhandel zum wesentlichsten Instrument der staatlichen Wirtschaftspolitik zu machen. Bisher ist Auslandsweizen fast ausschließlich aus Canada bezogen worden, obwohl der deutsche Außenhandel mit Canada von jeher einen erheblichen Passivsaldo aufgewiesen hat. Der Bezug des canadischen Manitoba-Weizens lag im Interesse der westdeutschen Großmühlen, die auf die Richtung des deutschen Agrar-Außenhandels immer einen erheblichen Einfluß

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Französische Luftpost in deutschen Händen?

Paris. — Andre Bouillour Lafont, ein Beamter der Aero-Postale-Gesellschaft, (der französischen Luftpost), hat Anzeige gegen Paul Louis Weiller, einen Beamten der Eidna-Flugverkehrsgesellschaft, erstattet und ihn beschuldigt, einen Regierungsbeamten bestochen zu haben, um den Südamerikadienst der Aero-Postale in die Hände der deutschen Lufthansa zu bringen. Er behauptet, daß Weiller dem Direktor für Zivil-Aviatik im Luftschiffahrtsministerium, Emmanuel Chaumie, Geld zuwandte. Die Angelegenheit hat in parlamentarischen Kreisen großes Aufsehen erregt.